

Die Neuordnung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Syrup zum Reichskommissar ernannt.

(Berlin, 16. Juli.)

In einer Verordnung vom heutigen Tage hat die Reichsregierung den freiwilligen Arbeitsdienst neu geordnet. Den Gegenstand und Zweck bezeichnet die Verordnung mit den Worten: „Der freiwillige Arbeitsdienst gibt den jungen Deutschen die Gelegenheit, zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinnützigen Diensten freiwillig körperlich und geistig tätig zu sein.“

Nach dem Inhalt der Verordnung müssen die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes gemeinnützig und nützlich sein; sie dürfen nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheiten auf dem freien Arbeitsmarkt führen. Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperschaften oder sonstige Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Diesen wird es auch obliegen, für das Vorhandensein von geeigneten Arbeiten zu sorgen. Als Träger des Dienstes kommen neben den Trägern der Arbeit die Vereinigungen in Betracht, die sich in besonderer Weise für die Betreuung der Arbeitsdienstwilligen eignen. Die Arbeitsdienstwilligen genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitslosenbegriffs. In erster Linie sollen jungen Deutsche unter 25 Jahren bestimmt werden und zwar von diesen wieder besonders Arbeitslose, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Daneben kommen aber auch Nichtarbeitnehmer in Betracht.

Um eine möglichst einfache und sparsame Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes sicherzustellen, werden die für diesen Zweck bereitgestellten Reichsmittel und Mittel der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einheitlich zusammengefasst und verwaltet. Um die einheitliche Leitung zu gewährleisten, wird die Reichsregierung einen Reichskommissar, der dem Reichsarbeitsminister untersteht, ernennen. Der Reichskommissar wird von Bezirkskommissaren unterstützt. Als Reichskommissar ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, in Aussicht genommen. Ein neuer Behördenapparat wird nicht geschaffen. Vielmehr stehen die Einrichtungen der Reichsanstalt zur Verfügung. Das Nähere wird durch eine Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers geregelt, die in Kürze erschießt.

Mit der Verordnung verbindet die Reichsregierung folgende Erklärung:

Die Reichsregierung hat in der Verordnung vom 16. Juli dem freiwilligen Arbeitsdienst eine neue Verfassung gegeben. Sie behält sich vor, diese entwicklungsfähige und förderungswürdige Einrichtung unter Berücksichtigung der kommenden Erfahrungen weiter auszubauen. Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erlassen. Das Gutachten wird der Öffentlichkeit zur Beurteilung zugehen.

Aus einem Samstagabend gehaltenen Rundfunkvortrag des Reichsarbeitsministers Schäffer gehen mit folgenden dem Arbeitsdienst betreffenden Einzelheiten hervor:

Im freiwilligen Arbeitsdienst fanden Anfang d. J. 14 000 Mann; die Zahl liegt auf 40 000 Ende April, auf

55 000 Ende Mai und umfasst jetzt rund 70 000 Arbeitsdienstwillige. Davon ist die Hälfte minderjährig. Das Arbeitsverhältnis besteht in der Hauptsache aus Bodenverbesserungen, Bach- und Flußregulierungen, Vorbereitung von Siedlungs- und Kleingartenanlagen, Fortarbeiten zur Verbesserung der Volksgesundheit, zur Unterhaltung der Volkshauswirtschaft, zur Förderung wissenschaftlicher Forschungen u. a.

Als Beispiele für gemeinnützige und nützliche Arbeiten seien hervorgehoben: die Anlage und Verbesserung von Dorfstädten, Feld- und Waldwegen, die Ausrichtung kleiner Flurstücke, die Befestigung und der Schutz der Ufer von Bächen und Flüssen, die Gewinnung und Verbesserung von Boden durch Kultivierung von Moor- und Seide für den Acker- und Gartenbau, durch Aufzucht von Vieh und Geflügel, ferner die Abwässerung von Siedlungs- und Kleingartenanlagen, die Herstellung von Sandgruben, die Planung und Urbarmachung von Siedlungsgelände u. a.

Landesarbeitsstellen als solche sind im allgemeinen nicht Gegenstand des freiwilligen Arbeitsdienstes, insbesondere nicht der Bau von Land- und Wasserwegen, die Errichtung von Staumauern, die Einbehaltung von Bächen und Flüssen im großen Umfang. Es wird aber unter Umständen zulässig und zweckmäßig sein, daß in räumlicher und zeitlicher Trennung zur Vorbereitung von Arbeitsdienstwilligen im freiwilligen Arbeitsdienst bewirbt werden. Es wird nicht leicht sein, überall die rechte Grenze zu finden. Das Arbeit aber nichts daran, daß dem freiwilligen Arbeitsdienst natürliche Grenzen gezogen sind.

Er steht auch Nichtarbeitnehmern, insbesondere Studenten und Bauernjungen offen. Berücksichtigt werden in der Hauptsache die Arbeitskräfte unter 25 Jahren. Für vollqualifizierende wertvolle Arbeit kann die Dauer der Förderung bis zu 40 Wochen verlängert werden. Arbeiten, die als volkswirtschaftlich wertvoll anerkannt werden, können dadurch privilegiert werden, daß den Arbeitsdienstwilligen Gehaltszuschüsse für die Arbeitszeit bewirkt werden. Der Arbeitsdienst macht zum Teil Land ohne Volk nutzbar für das Volk ohne Land. Darin liegt der besondere Grund für die Gutachten zu Siedlungszwecken.

Schulische Versorgung der erwerbslosen Jugendlichen.

(Berlin, 16. Juli.)

Die der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, werden zur Zeit in den preussischen Ministerien für Handel und Gewerbe und für Volkswirtschaft, Kunst und Volksbildung Verhandlungen über die schulische Versorgung der erwerbslosen Jugendlichen im Gange geführt. Während sich der wirtschaftliche Niedergang in den letzten Jahren bei der älteren und mittleren Generation unseres Volkes besonders bemerkbar machte, greift jetzt die Erwerbslosigkeit auch in großem Umfang in den Kreisen der heranwachsenden Jugend um sich. Wenn schon die unvollständige Arbeitslosigkeit für die Erwachsenen manche Gefahren in sich birgt, so ist sie für die Jugend auf die Dauer zu einer moralischen Katastrophe geworden. Die Arbeitslosigkeit verzerrt die moralischen und seelischen Kräfte heranwachsender Arbeiter, den Arbeitswillen und die Leistungsfähigkeit und erschwert die spätere Eingliederung der Jugendlichen in den Wirtschaftsprozess. Unter Benützung und gegebenenfalls Erweiterung der Einrichtungen der Volks- und Berufsschulen soll versucht werden, die erwerbslosen Jugendlichen zu beschäftigen und zu unterrichten. Es ist selbstverständlich, daß bei diesen Maßnahmen, soweit eine praktische Ausbildung in Frage kommt, die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern sowie andere wirtschaftliche Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in weitgehendem Umfang beteiligt werden.

Preussische Pressebericht der NSDAP mitteilt zurück, gezogen worden. Am 14. Juli hat der Fraktionsführer an den Landtagspräsidenten Kertel folgenden Brief geschrieben:

„Heute früh erhalte ich vom Büro des Landtags die neuesten Druckausgaben und finde darunter auch den Antrag Nr. 873. Ich bedauere die Einbringung dieses Antrages in der vorliegenden Form. Ich habe den Antrag vorher nicht gesehen. Ich habe aber, da er die Ehre des Polizeipräsidenten von Berlin in der politischen Kampfbühne einbringt, als Fraktionsführer gegen den Antrag zurück. Ich bitte, dem Hauptbüro des Landtags das Ersuchen mitzuteilen.“

Fraktionsführer Kube hat, wie weiter mitgeteilt wird, Maßnahmen getroffen, daß in Zukunft Anträge nur mit seiner Gegengezeichnung eingebracht werden können.

Die Nummernfolge der Parteien auf den Stimmzetteln.

(Berlin, 16. Juli.)

Am 16. Juli wird mitgeteilt: „Der Reichsminister des Innern hat in einer Verordnung bestimmt, daß in den Fällen, in denen keine Parteien ohne Einreichung eines eigenen Reichswahlvorlags anlässlich der Reichswahlvorschrift einer großen Partei erklärt, diese kleinen Parteien nur dann die mit einem Buchstabenbezeichnung versehenen Ordnungsnummern der großen Parteien zugeordnet werden dürfen, wenn die große Partei mit dem Anschlag einverstanden ist. Andernfalls werden diese kleinen Parteien auf dem Stimmzettel erst hinter der Gesamtheit derjenigen Parteien aufgeführt, die einen eigenen Reichswahlvorlag eingereicht haben. In diesem Fall erhalten die kleinen Parteien eigene Nummern auf dem Stimmzettel. Eine Änderung in der Berechnung der Stimmen tritt hierdurch nicht ein. Gleichzeitig wird bestimmt, daß solche Parteien, die im letzten Reichstag bereits durch Abgeordnete vertreten waren, auf dem Stimmzettel die ihnen bereits zugewiesene Nummer behalten können, auch wenn sie an den Reichswahlvorlag einer anderen Partei angeschlossen sind.“

Das Bundesorgan des Reichsbanners verboten.

(München, 16. Juli.)

Das wöchentlich erscheinende Bundesorgan des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold Das Reichsbanner“ ist, wie von der Bundesleitung des Reichsbanners mitgeteilt wird, auf Grund des Reichsgesetzes über die Verfassung des Reichsbanners vom 14. Juni 1934 verboten worden. Das Verbot erfolgte wegen eines Bildes in der letzten Nummer der Zeitschrift, das über eine Reihe von Säulen, die die Opfer der Straßenkämpfe der letzten Zeit symbolisieren sollen, den Schutten des Reichsbanners zeigt.

Der nationalsozialistische Antrag gegen Dr. Weizsäcker zurückgezogen.

(Berlin, 16. Juli.)

Der von der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags eingebrachte Antrag, der sich mit der Entlassung des Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker befaßt, ist, wie der Reichspräsident Dr. Weizsäcker mitgeteilt hat, zurückgezogen worden.

Der nationalsozialistische Antrag gegen Dr. Weizsäcker zurückgezogen.

(Berlin, 16. Juli.)

Der von der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags eingebrachte Antrag, der sich mit der Entlassung des Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker befaßt, ist, wie der Reichspräsident Dr. Weizsäcker mitgeteilt hat, zurückgezogen worden.

präsidenten zeigte und die Unterschrift trug: „Unser Treue ward uns zum Bewußtsein.“ während neben dem Bild zu lesen war: „Die Treue ist das Mark der Ehre.“

Fast 18 000 Kleinfriedhöfe.

(Berlin, 16. Juli.)

Mit dem bis zum 15. Juli 1932 neu bewilligten Kleinfriedhöfen in 228 Gemeinden. Die Gesamtzahl der bewilligten Kleinfriedhöfe beträgt 61 000 in 285 Gemeinden.

Die deutsche Stellungnahme zur Völkerbundsanleihe an Österreich.

(Berlin, 16. Juli.)

Zu dem gestrigen Beschluß des Völkerbundsaußenkomitees, an Österreich unter bestimmten politischen Bedingungen eine Anleihe zu gewähren — bei der sich, wie bereits gemeldet, der deutsche Vertreter der Stimme enthalten hat — wird von unterrichteter Seite erklärt, diese Stimmhaltung Deutschlands sei durch die Erwägung bedingt, daß Österreich angesichts seiner drohenden wirtschaftlichen Lage zweifellos genötigt sein wird, die Anleihe trotz der politischen Bedingungen, die in erster Linie auf Frankreich zurückzuführen, anzunehmen. Ein deutsches Nein würde aber ein Scheitern der Anleihe bedeuten und eine Benennung Österreichs dargestellt haben, für die die deutsche Regierung die Verantwortung nicht übernehmen kann, umso weniger, als deutschseits keine Möglichkeit besteht, dann von sich aus die drohende wirtschaftliche Gefahr von Österreich abzuwenden. Die Entscheidung, ob Österreich die Anleihe annehmen will, muß lediglich bei Österreich liegen und konnte nicht durch ein deutsches Nein vorgenommen werden.

Herriot über Lausanne.

(Paris, 17. Juli.)

In der Nachtstunde der Kammer fragte der Abgeordnete Louis Marin, ob Herriot nicht vor der Vertagung des Parlamentes Aufklärung über die Lausanner Konferenz geben wolle. Der Ministerpräsident habe von der Einhaltung der Verträge gesprochen. Was bleibe aber vom Versailler Vertrag übrig?

Herriot erwiderte, die Lausanner Konferenz sei nur provisorisch. Sie hänge von der friedfertigen Ergebnisse der Schuldenregelung mit Amerika ab. Also seien die Rechte des Parlamentes gewahrt worden. Was die Pauschalsumme von drei Milliarden betreffe, so sei dies immens ein Ergebnis, wenn man bedenke, daß Deutschland sich auf seine Zahlungsunfähigkeit berufen habe. Das französische Volk sei der Auffassung, daß es nicht gerecht wäre, wenn Frankreich mehr zahlen solle, als es erhalte. In welcher Lage hätten sich aber die französischen Unterhändler befunden? Welche Verbindungen habe es zwischen Schulden und Reparationen gegeben? Der Young-Plan habe zwar eine Ueberbrückung, aber nicht eine rechtliche Verbindung hergestellt. Den französischen Delegierten sei es gelungen, das Gentlemen-Agreement durchzusetzen. Herriot kam dann erneut auf den Lausanner Vertrag zu sprechen und erklärte, die Lausanner Konferenz sei provisorisch und werde eingefügt in den Rahmen einer Weltregelung. Falls diese zustande käme, so werde die Regelung von Lausanne endgültig, andernfalls werde eben der Young-Plan Rechtsgültigkeit behalten. Er — Herriot — habe das Recht seines Landes gewahrt. Die Lausanner Konferenz sei also ein Erfolg nicht nur für Frankreich, sondern für den Weltfrieden. Um zu wissen, aus welcher Einstellung heraus das Vertrauensabkommen abgeschlossen worden sei, brauche man nur die getriggerte Rede des englischen Außenministers in Genf nachzulesen, die er in jeder Hinsicht unterschreibe. Es handele sich um ein Abkommen zugunsten des Friedens.

Abermals Felsstürze im Moselthal.

(Trier, 17. Juli.)

In der Nähe des Mosler Klosters bei dem Moselort Groen Kitz, wie erst jetzt bekannt wird, Freitagabend ein Felsblock, diesmal von etwa 1000 Kubikmetern Inhalt, zu Tal. Die Bruchstelle war bereits seit einigen Wochen in Bewegung. Es hat sich jetzt ein Spalt von 80 Zentimeter Breite und 90 Meter Länge gebildet, wobei weitere Felsstücke zu erwarten sind. Der Abbruch könnte sich bereits vorhin durch verhängnisvolle Stöße im Moselthal geltend gemacht haben. Die Gefahr ist also sehr groß. Die Gefährdung ist jetzt noch größer, da die Felsstücke sich jetzt in einer gefährlichen Lage befinden.

22 Häuser eingestürzt.

(Regensburg, 16. Juli.)

Die tschechoslowakische Gemeinde Kobylitz in der Gegend von Regensburg ist in der vergangenen Nacht von einem schweren Unwetter heimgesucht worden. Eine Schiene wurde vom Blitz getroffen und in Brand gesetzt. Das Feuer, das an dem von der Hitze der letzten Tage ausgetrockneten Gebälk reichliche Nahrung fand, breitete sich mit rasender Schnelligkeit aus, so daß in kurzer Zeit 22 Wohnhäuser und eine Reihe von Wirtschaftsgebäuden in Asche gelegt wurden. 140 Personen sind obdachlos. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Kronen geschätzt.

Schießungslück auf einem italienischen Kreuzer.

(Rom, 17. Juli.)

Während einer Schießübung mit Flugzeugabwehrgeschützen auf dem Kreuzer „Trieste“ explodierte eine Granate verheerend kurz nach dem Verlassen des Schießfeldes.

Wenn die in der Erklärung des deutschen Vertreters, Gesandten Goppert, angekündigte Hilfsaktion Deutschlands auch naturgemäß angesichts unserer eigenen wirtschaftlichen Lage nur in viel geringerer Höhe als die geplante Völkerbundsanleihe erfolgen kann, so wird sie doch nach Auffassung unterrichteter Kreise zweifellos früher praktisch wirksam werden, als die Völkerbundsanleihe. Weder die Einzelheiten des deutschen Kreditplans an Österreich, insbesondere über die Summe und die Form der Transaktion, sind zur Zeit nach Besprechungen im Gange.

Der englisch-irische Konflikt.

(London, 17. Juli.)

Der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, Ramsbury, fordert die Kirchenoberhäupter um Vermittlung.

Der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, Ramsbury, fordert die Kirchenoberhäupter um Vermittlung. Der Erzbischof von Canterbury, den Oberstarbener und die Oberhäupter der freien Kirchen, haben in der letzten Sitzung eine gemeinsame Erklärung abgegeben, die die Vermittlung im englisch-irischen Konflikt erludt, damit dieser durch ein friedliches Verfahren beigelegt werde.

Die Wahlen zum rumänischen Parlament.

(Bukarest, 17. Juli.)

In Rumänien fanden am Sonntag die Wahlen zum Parlament statt. Der Wahltag ist nach den bisher vorliegenden Meldungen im ganzen Lande ruhig verlaufen. Das genaue Ergebnis läßt sich erst in einigen Tagen feststellen, jedoch haben die Nationalisten, wie zu erwarten war, überall mühelos die erforderliche Mehrheit erhalten.

Die Reichsregierung und das Vertrauensabkommen.

(Berlin, 16. Juli.)

Wie bekannt, hat die britische Regierung an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet, dem nach der Konferenz von Lausanne veröffentlichten, zwischen Frankreich und England über die Abwicklung der französischen Schulden und Reparationen abgeschlossenen Vertrauensabkommen beizutreten. Wir erfahren hierzu von unterrichteter Seite, daß der Gedanke eines freundschaftlichen Meinungsaustausches zwischen den beteiligten Mächten über die Frage der europäischen Politik schon auf der Konferenz von Lausanne erörtert worden ist und daß die Reichsregierung ihm nach wie vor sympathisch gegenübersteht. Da die Reichsregierung jedoch an den Verhandlungen über die letzte Fassung des Abkommens nicht beteiligt gewesen ist, hält sie es für notwendig, sich zunächst durch eine Klärung der Sachlage über die Tragweite des Abkommens zu vergewissern.

Kleine Nachrichten.

Das Reichskabinett hat beschlossen, dem Reichspräsidenten eine Verordnung über die Ausdehnung der Disziplinarmaßnahmen auf die öffentlichen Bediensteten in Vorschlag zu bringen.

Am Dienstag, dem 19. Juli, 19 Uhr, spricht der Reichspräsident über den Disziplinärmaßnahmen der öffentlichen Bediensteten. Die Rede wird über den Sender der Berliner Funkstationen verbreitet und von den deutschen Hören aufgenommen.

Die ausländische Nachrichtenagentur in Berlin teilt mit, daß die britische Regierung die Aufforderung gerichtet hat, dem nach der Konferenz von Lausanne veröffentlichten, zwischen Frankreich und England über die Abwicklung der französischen Schulden und Reparationen abgeschlossenen Vertrauensabkommen beizutreten. Wir erfahren hierzu von unterrichteter Seite, daß der Gedanke eines freundschaftlichen Meinungsaustausches zwischen den beteiligten Mächten über die Frage der europäischen Politik schon auf der Konferenz von Lausanne erörtert worden ist und daß die Reichsregierung ihm nach wie vor sympathisch gegenübersteht. Da die Reichsregierung jedoch an den Verhandlungen über die letzte Fassung des Abkommens nicht beteiligt gewesen ist, hält sie es für notwendig, sich zunächst durch eine Klärung der Sachlage über die Tragweite des Abkommens zu vergewissern.

Der nationalsozialistische Antrag gegen Dr. Weizsäcker zurückgezogen.

(Berlin, 16. Juli.)

Der von der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags eingebrachte Antrag, der sich mit der Entlassung des Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker befaßt, ist, wie der Reichspräsident Dr. Weizsäcker mitgeteilt hat, zurückgezogen worden.

Der nationalsozialistische Antrag gegen Dr. Weizsäcker zurückgezogen.

(Berlin, 16. Juli.)

Der von der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags eingebrachte Antrag, der sich mit der Entlassung des Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker befaßt, ist, wie der Reichspräsident Dr. Weizsäcker mitgeteilt hat, zurückgezogen worden.

Der nationalsozialistische Antrag gegen Dr. Weizsäcker zurückgezogen.

(Berlin, 16. Juli.)

Der von der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags eingebrachte Antrag, der sich mit der Entlassung des Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker befaßt, ist, wie der Reichspräsident Dr. Weizsäcker mitgeteilt hat, zurückgezogen worden.

Der nationalsozialistische Antrag gegen Dr. Weizsäcker zurückgezogen.

(Berlin, 16. Juli.)

Der von der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags eingebrachte Antrag, der sich mit der Entlassung des Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker befaßt, ist, wie der Reichspräsident Dr. Weizsäcker mitgeteilt hat, zurückgezogen worden.

Der F...

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen über die Völkerbundsanleihe an Österreich, insbesondere über die Summe und die Form der Transaktion, sind zur Zeit nach Besprechungen im Gange.

Der englisch-irische Konflikt.

(London, 17. Juli.)

Der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, Ramsbury, fordert die Kirchenoberhäupter um Vermittlung.

Die Wahlen zum rumänischen Parlament.

(Bukarest, 17. Juli.)

In Rumänien fanden am Sonntag die Wahlen zum Parlament statt. Der Wahltag ist nach den bisher vorliegenden Meldungen im ganzen Lande ruhig verlaufen. Das genaue Ergebnis läßt sich erst in einigen Tagen feststellen, jedoch haben die Nationalisten, wie zu erwarten war, überall mühelos die erforderliche Mehrheit erhalten.

Die Reichsregierung und das Vertrauensabkommen.

(Berlin, 16. Juli.)

Wie bekannt, hat die britische Regierung an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet, dem nach der Konferenz von Lausanne veröffentlichten, zwischen Frankreich und England über die Abwicklung der französischen Schulden und Reparationen abgeschlossenen Vertrauensabkommen beizutreten. Wir erfahren hierzu von unterrichteter Seite, daß der Gedanke eines freundschaftlichen Meinungsaustausches zwischen den beteiligten Mächten über die Frage der europäischen Politik schon auf der Konferenz von Lausanne erörtert worden ist und daß die Reichsregierung ihm nach wie vor sympathisch gegenübersteht. Da die Reichsregierung jedoch an den Verhandlungen über die letzte Fassung des Abkommens nicht beteiligt gewesen ist, hält sie es für notwendig, sich zunächst durch eine Klärung der Sachlage über die Tragweite des Abkommens zu vergewissern.

Kleine Nachrichten.

Das Reichskabinett hat beschlossen, dem Reichspräsidenten eine Verordnung über die Ausdehnung der Disziplinarmaßnahmen auf die öffentlichen Bediensteten in Vorschlag zu bringen.

Am Dienstag, dem 19. Juli, 19 Uhr, spricht der Reichspräsident über den Disziplinärmaßnahmen der öffentlichen Bediensteten. Die Rede wird über den Sender der Berliner Funkstationen verbreitet und von den deutschen Hören aufgenommen.

Die ausländische Nachrichtenagentur in Berlin teilt mit, daß die britische Regierung die Aufforderung gerichtet hat, dem nach der Konferenz von Lausanne veröffentlichten, zwischen Frankreich und England über die Abwicklung der französischen Schulden und Reparationen abgeschlossenen Vertrauensabkommen beizutreten. Wir erfahren hierzu von unterrichteter Seite, daß der Gedanke eines freundschaftlichen Meinungsaustausches zwischen den beteiligten Mächten über die Frage der europäischen Politik schon auf der Konferenz von Lausanne erörtert worden ist und daß die Reichsregierung ihm nach wie vor sympathisch gegenübersteht. Da die Reichsregierung jedoch an den Verhandlungen über die letzte Fassung des Abkommens nicht beteiligt gewesen ist, hält sie es für notwendig, sich zunächst durch eine Klärung der Sachlage über die Tragweite des Abkommens zu vergewissern.

Der nationalsozialistische Antrag gegen Dr. Weizsäcker zurückgezogen.

(Berlin, 16. Juli.)

Der von der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags eingebrachte Antrag, der sich mit der Entlassung des Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker befaßt, ist, wie der Reichspräsident Dr. Weizsäcker mitgeteilt hat, zurückgezogen worden.

Der nationalsozialistische Antrag gegen Dr. Weizsäcker zurückgezogen.

(Berlin, 16. Juli.)

Der von der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags eingebrachte Antrag, der sich mit der Entlassung des Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker befaßt, ist, wie der Reichspräsident Dr. Weizsäcker mitgeteilt hat, zurückgezogen worden.

Der nationalsozialistische Antrag gegen Dr. Weizsäcker zurückgezogen.

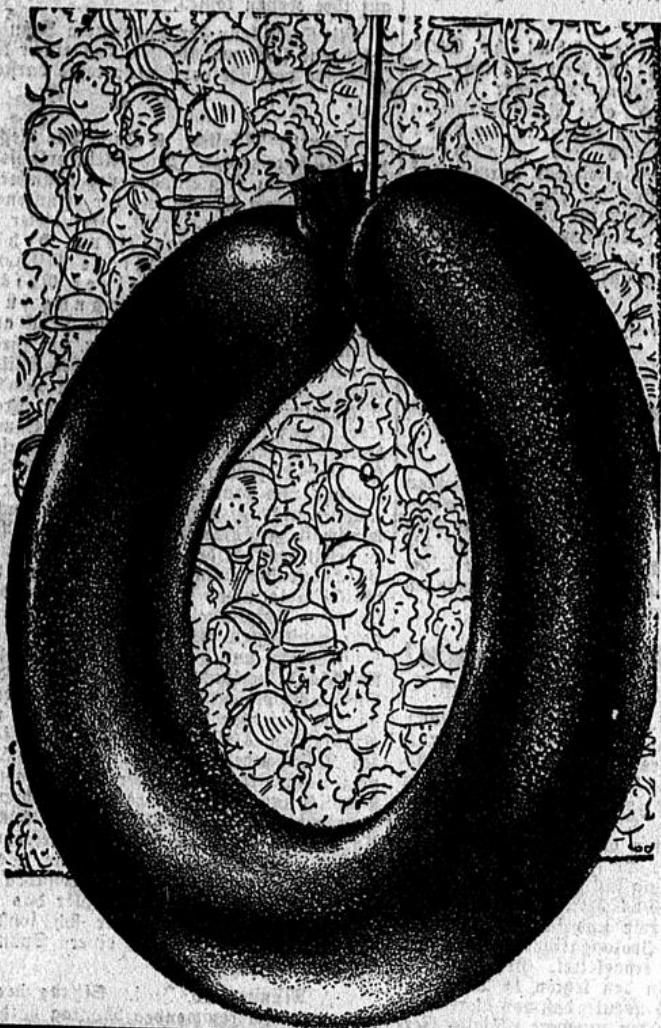
(Berlin, 16. Juli.)

Der von der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags eingebrachte Antrag, der sich mit der Entlassung des Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker befaßt, ist, wie der Reichspräsident Dr. Weizsäcker mitgeteilt hat, zurückgezogen worden.

Der nationalsozialistische Antrag gegen Dr. Weizsäcker zurückgezogen.

(Berlin, 16. Juli.)

Der von der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags eingebrachte Antrag, der sich mit der Entlassung des Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker befaßt, ist, wie der Reichspräsident Dr. Weizsäcker mitgeteilt hat, zurückgezogen worden.



Saison-Schluß-Verkauf

Wir haben

Extrawürste angekündigt. — Das sind sie !

Sensationell!
Selden-Afghalaine
ca. 100 cm breit, reine Wolle m. K'seide
... .. Verlustpreis jetzt Meter **48**

Noch nicht da gewesen!
Woll-Mousseline 80 cm breit
in mod. Ausmusterung, auf reinwollener
Grundware. Verlustpreis jetzt Meter **50**

Welt unter Preis!
Rohseide
naturfarbig, schwere, reinseidene Qual.
... .. Verlustpreis jetzt Meter **75**

Besondere Kaufgelegenheit!
Bouclé- u. Fresco-Stoffe
nur diesjähr. Farbstellung, in Schotten- u.
Tweeddessins. Verlustpreis jetzt Mtr. **75**

Unser Seldenstoffschlager!
Selden-Bourette
das bevorzugte Modegewebe, reine Seide
mit K'seide, alle Farben
... .. Verlustpreis jetzt Meter **98**

Das gibt's nur einmal!
Reinwollene Bouclé-Stoffe
einfarbig und gemustert, in allen Mode-
farben ... Verlustpreis jetzt Meter **95**

Unglaublich billig!
Rein-Leinen-Tischdecken
350 Stück
130x160, viele Muster
... .. Verlustpreis jetzt Stück **275**

Rein Mako
Bettdamaste 140 cm breit
unsere gute Aussteuer-Qualität
... .. Verlustpreis jetzt Meter **125**

Nie wiederkehrende Gelegenheit!
Reinseid. Crêpe de Chine-Drucks
schwarz/weiß, marine/weiß, enorm billig
... .. Verlustpreis jetzt Meter **125**

Unser Wollstoffschlager!
Flamenga-Tweed 140 cm breit
elegante, reinwollene Qualität, viele Farb-
stellungen. Verlustpreis jetzt Meter **295**

250 Stück
Schwere Badelaken
145x175, extra dicke Frotteerqualität
... .. Verlustpreis jetzt Stück **350**

Aktuell!
Crêpe-Maroc-Druck
nur diesj. Dessins, auf solider rein K'seide
Grundware. Verlustpr. jetzt Meter **145**

Besonders vorteilhaft!
Neue Wintermantel-Stoffe
in Kupons v. 2 1/2 bis 3 Met., ca. 140 cm breit
RM. 3.90 ... Verlustpreis jetzt Meter **295**

Große Auswahl!
Neue Bademantel-Stoffe
140-170 cm breit, gute Qualitäten
Verlustpreis jetzt Meter 3.95 2.95 **195**

Crêpe-Fallié ca. 100 cm
schwere K'seide-Qual., schwarz
... .. Verlustpreis jetzt Meter **225**

Das ist preiswert!
Woll-Georgette u. Romaine
130 u. 140 cm br., schw. reinw. Qual., marine-
u. nachtblau. Verlustpreis jetzt Meter **375**

Riesenposten
Reinleinen-Ballst-Taschenlüber
mit Handhohlsaum, 31 cm groß
... .. Verlustpreis jetzt Stück **32**

Mousseline
neue Dessins in großer Auswahl
... .. Verlustpreis jetzt Meter **25**

Beiderwandstoffe
Indanthren, frische Streifen
... .. Verlustpreis jetzt Meter **30**

Noch einmal!
Bettuch-Nessel 140 cm br.
die großgekaufte Qualität
... .. Verlustpreis jetzt Meter **28**

ca. 1200 Meter
Trikolona weiß, 80 cm breit, fescche
Streifen, für Tenniskleider, Blusen, Ober-
hemden usw. Verlustpreis jetzt Mtr. **45**

Gardinenstoffe
ca. 130 cm breit, in vielen Mustern
und Ausführungen, weiß und ecru
... Verlustpreis jetzt Meter 90, 60 **30**

Gewaltige Posten
Stickerel-Kissenbezüge
80/80, la Wäschetuch,
... .. Verlustpreis jetzt Stück **58**

Anzug-Kammgarn
ca. 150 cm breit, nur beste reinwol-
lene Qualitäten
Verlustpreis jetzt Meter 9.00 7.00 **500**

Haargarn-Läufer
ca. 70 cm breit, nur moderne Streifen
Verlustpreis jetzt Meter 2.50 1.90 **150**

Blaue Kammgarn
reine Wolle, ca. 150 cm breit, für
gute Maßanzüge
Verlustpreis jetzt Meter 8.50 5.50 **350**

Haargarn-Teppiche
reines Material, in modernen Mustern
... Verlustpreis jetzt 28.-, 25.- **18-**

Anzugstoffe engl. gemustert, ca.
150 cm breit, gezwirnte Strapazier-
qualitäten für Anzüge u. Knickerbockers
Verlustpreis jetzt Meter 5.50 3.50 **145**

Stores vom Stück
aus Netzstoffen mit Durchsätzen und
Fransenabschluß
... .. Verlustpreis jetzt 1.50, 1.20 **65**

Daunendecken
aus daunendichten Glanzsatin, Kunst-
seiden-Damaste, la Daunenfüllung
... Verlustpreis jetzt 58.-, 48.- **38-**

Steppdecken
in allen Farben, leichte Fällung, teils
kunstseidene und andere Bezüge
... .. Verlustpreis jetzt 12.-, 7.- **450**

Mengenabgabe vorbehalten

Mengenabgabe vorbehalten

Stoffhaus Salzstraße 37

Stoffhaus Salzstraße 37

Beachten Sie unsere neuen Ausstellungs- Räume vormals Feldmeyer & Zapp

Münster i. Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.

Wahlkreis
von Bürgerme
und Gemein
Westf.